

Dieser Beitrag ist erschienen in

Anforderungen an eine nachhaltige Wissenschaftsentwicklung  
Rohrbacher Manuskripte, Heft 15, Herausgegeben von Rudolf Rochhausen.  
Rohrbacher Kreis, Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig, 2009  
ISBN 978-3-941394-06-3

Alle Rechte des Beitrags liegen beim Autor.

Der Beitrag kann unter den Konditionen der Creative Commons Lizenz BY-ND  
(Namensnennung-Keine Bearbeitung 3.0) frei verbreitet werden.  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de>

Vertrieb des ganzen Hefts durch Osiris-Druck Leipzig,  
<http://www.osiris-onlineshop.de>

## INHALT DES HEFTS

Kurt Reiprich: Vorwort .....	5
Ruth Milachowski: Die historische Entwicklung der ökonomischen Werttheorie .....	6-15
Wolfgang Methling: Ökonomische Kriterien für Wissenschaft und Wissenschaftspolitik .....	16-20
Hendrik Lange: Hochschulpolitische Standpunkte der LINKEN in Sachsen-Anhalt .....	21-28
Heiko Hilker: Innovative Linke .....	29-39
Dieter Schultz: Bioenergie – Chancen und Risiken .....	40-45
Kerstin Richter: »In Ehrfurcht vor der Natur« .....	46-54
Kerstin Richter: Warum die Erde sich wehrt. Zur Gesundung von menschlichem Fehlverhalten wird das Lebewesen Erde tausende Jahre benötigen .....	55-59
Hubert Laitko: »... es wird eine Wissenschaft sein«. Taugt Karl Marx' Jugendvision (1844) als Leitbild für die Wissenschaft des 21. Jahrhunderts – immer noch oder jetzt erst recht? .....	60-83
Roland Opitz: Fjodor Tjutschew letzte Liebe .....	84-108

## **HEIKO HILKER**

### **Innovative Linke**

Viele der Werte, die heute mit der Linken verbunden werden, sind nicht neu. Sie sind Rückerinnerungen an untergegangene, scheinbar idyllische Zustände oder Träumereien hin zu einer gerechteren Welt. Sie scheinen schön, aber unpraktisch, da die »Mächte des Faktischen«, die Produktionsverhältnisse des Lebens, die linken Utopien und Projekte immer wieder ins Unrecht setzen.

Für Karl Marx waren die Kritik des Faktischen wie auch die sozialen Träume eine Wirkung der Produktionsverhältnisse. Deren politische Organisation verstand er als Angelegenheit der menschlichen Produktivkräfte. Für ihn war die Zukunft nicht in den »Falten des Herzens« (Ernst Bloch), sondern in der Hand der in der modernsten Produktion Arbeitenden erkennbar.

Es waren die Katastrophen der Kriege, die in einem Teil der Welt Kommunisten an die Macht brachten. Sie hatten einen Optimismus, mit ihrem Willen die Welt zu verändern. Konflikte und Schwierigkeiten wurden mit Propaganda überdeckt. Ideologie sollte helfen, überkommene und selbst produzierte Fehler in Wirtschaft und Wissenschaft zu verdecken. So wurde dieser Ansatz linken Denkens und Handelns weitestgehend verschüttet.

Als die Produktion des realen Sozialismus zusammenbrach, als sich der zur Legitimations-Philosophie zurecht gestutzte Marxismus diskreditierte, sahen sich die meisten der übrigen Linken auf einen ethischen Sozialismus zurück geworfen, auf eine zeitlose Werte-Gemeinschaft, eine sich verflüchtigende Hoffnung auf das ewige Gute im Menschen... Wäre es nicht Zeit, da anzuknüpfen, wo einst unsere Stärke war: an der Analyse der Wirklichkeit und an einer Programmatik, die die soziale gesellschaftliche Zukunft aus ihrer entstandenen und sich entwickelnden Produktion erklärt. Nach wie vor produziert der moderne Kapitalismus die Alternative »Barbarei oder Sozialismus«. Deshalb kommt es darauf an, diese Prozesse zu verstehen, politisch zu lenken und dem bereits entstehenden Neuen in neue soziale Formen zu verhelfen. Dazu brauchen wir eine neue, sich erneuernde und dem Neuen verbundene, eine Innovative Linke.

## TECHNISCHE UND SOZIALE INNOVATIONEN.

Das Leben der Menschen wird immer stärker durch technologische Innovationen bestimmt. Doch diese sind in der traditionellen neoliberalen Politik dem Selbstlauf des Marktes und dem Gutdünken der Unternehmen überlassen. Technologische Innovationen von heute gestalten die Arbeits- und Lebenswelt von morgen. Sie legen die Randbedingungen für die Arbeitsgesellschaft fest. Da gibt es Spielräume, wenn man diese Entwicklungen rechtzeitig vorhersieht. Dann kann man Vorgaben entwickeln, einen Rahmen vorgeben, auch Einschränkungen vornehmen. Einen Fluss kann man am besten an der Quelle umleiten – später braucht man große teure Dämme.

Doch neue Technologien werden von der LINKEN in der Regel erst diskutiert, wenn Tatsachen geschaffen sind. Deshalb wird von links im Regelfall meist nur nach (nachträglicher) Begrenzung gerufen. Das führt in der Öffentlichkeit nebenbei dazu, dass Konservative oftmals eher als fortschrittlich, Linke als technikfeindlich und rückständig wahrgenommen werden. Dabei müsste es eigentlich umgekehrt sein: Wir müssten ein »Forum fürs Nachdenken über Technologien von morgen« vorantreiben. Es ist schon unsere Stärke, auf Gefahren hinzuweisen. Doch die Kritik verbleibt meist an der Oberfläche. Wir müssen Innovationen dahingehend bewerten, welche Auswirkungen sie auf die Gesellschaft und auf die Umwelt haben. Wir müssen darstellen können, wie nachhaltig sie sind. Es kommt darauf an, rechtzeitig Vorschläge zu machen, wie Probleme gelöst werden können. Entwicklungen geistig vorwegzunehmen, Gefahren und Gestaltungsspielräume deutlich zu machen, muss unsere Stärke werden.

Die Förderpolitik des Staates hat einen nicht geringen Anteil daran, wie diese Spielräume genutzt und ausgestaltet werden.

Deshalb bedarf es einer radikalen Reform staatlicher Förderpolitik, vor allem gegenüber Unternehmen. Während Unternehmen Fördermittel bekommen, auch wenn sie Millionen-gewinne erwirtschaften, müssen Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger ihren Bedarf nachweisen und die finanziellen Reserven zum großen Teil aufbrauchen. Warum müssen Unternehmen aus Steuermitteln für das gefördert werden, was sie sowieso machen? Sachsen subventioniert die Wirtschaft in gleicher Größenordnung wie den Sozialbereich. So wird der Subventionswettbewerb doch nur befördert. Es muss dafür gesorgt werden, dass dieser Wettbewerb nicht nur in Sachsen, sondern auch in Deutschland und Europa ein Ende hat. Der Staat soll nur das fördern, was es sonst so nicht geben würde, aber auf Grund unserer Kriterien wünschenswert bzw. notwendig ist. Innovationen können der Effizienzsteigerung dienen. Innovationen sollen aber das Leben verbessern, nicht

nur erleichtern. Es geht also nicht nur um technische Innovationen. Wir müssen uns darüber verständigen, welche »Leitbilder des guten Lebens« wir sehen. Diese Leitbilder können Motiv wie auch Ziel von Innovation sein. Es sollten zudem Leitbilder sein, die Innovation als Prozess nicht beenden, sondern weiter ermöglichen. Damit scheidet das »Schlaraffenland« als Leitbild aus.

## INNOVATIVE LINKE.

Die LINKE bezieht Innovationen zumeist auf Technik. Der Bereich sozialer Innovationen wird ausgeblendet. (Dabei meint soziale Innovation die Gesellschaft und nicht die Sozialpolitik.) Festzustellen ist, dass die technischen Innovationen der letzten Jahrzehnte Mobilität und Flexibilität vorantreiben. Dadurch werden gleichzeitig innovative Potenziale untergraben. Ja, es scheint, es gebe rasenden Stillstand: Permanent gehetzt, können Menschen kaum noch Gedanken fassen, geschweige denn soziale Kontakte pflegen, die sie auf neue Ideen bringen. Doch im Sozialen konstatiert die LINKE im Wesentlichen den Gang der Dinge. Allerdings ruft sie hier, im Gegensatz zur Technologie, faktisch nach Beschleunigung des Mainstreams: Da sich die klassischen Familienstrukturen auflösen, glaubt man, es laufe alles auf eine totale Individualisierung hinaus, die manche mit Emanzipation verwechseln. Allerdings leiden nicht immer mehr Menschen unter Individualisierungsblockaden, sondern unter Vereinzelung und Vereinsamung. Soziale Innovation heißt, darüber nachzudenken, wie neue Formen verbindlicher Vernetzung der Individuen ermöglicht werden. Was spricht gegen Mehrgenerationenhäuser, in denen unterschiedliche Generationen miteinander zusammenleben und Aufgaben für einander übernehmen? Vor allem das Argument, dass sich so der Staat der Kosten entledigen würde? Es ist doch auch nicht alles in unserem Sinne, was die staatlichen Kosten nach oben treibt. Was spricht dagegen, wenn Beziehungsstrukturen befördert, neue, staatsunabhängige, selbst bestimmte soziale Kreisläufe entstehen? In seinen »Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie« hat Karl Marx auf den Drang des Kapitals verwiesen, sich auch die »Voraussetzungen der Zirkulation« zu assimilieren. Es verwandelt sie in »kapitalisierende Produktion oder Produktion von Kapital«. Dies nennt Marx »eine propagandistische (zivilisierende) Tendenz« des Kapitals (MEW 42, S. 448) Die Übernahme von bisherigen Staatsaufgaben, die traditionell außerhalb der Kapitalverwertung liegen, aber schon immer eine gesellschaftliche Bedingung der kapitalistischen Produktion waren, durch das Kapital selbst, geschieht in dem

Maße, in dem das Produktivkräfteniveau auch hier eine angemessene Verwertung zulässt. Wo diese Entstaatlichung der Fall ist, ist nach Marx »die höchste Entwicklung des Kapitals« erreicht. Die »allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses «werden dann nicht mehr« aus dem Abzug der gesellschaftlichen Revenue hergestellt ..., den Staatssteuern - wo Revenue, nicht Kapital, als labour fonds erscheint und der Arbeiter, obgleich er freier Lohnarbeiter ist ... doch ökonomisch in einem andren Verhältnis steht - sondern aus dem Kapital als Kapital. Es zeigt dies den Grad einerseits, worin das Kapital sich alle Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion unterworfen. »Das zeigt «andererseits, wieweit der gesellschaftlich produktive Reichtum kapitalisiert ist und alle Bedürfnisse in der Form des Austauschs befriedigt werden; auch die als gesellschaftlich gesetzten Bedürfnisse des Individuums, d.h. die, die es nicht als einzelnes Individuum in der Gesellschaft, sondern gemeinschaftlich mit andren konsumiert.« (MEW 42/438 f.) Die ganze Gesellschaft, jeder Lebensbereich, wird zur Geißel des Kapitals.

Der Staat verliert die Fähigkeit, den Individuen in allen Wechselfällen von Konjunktur und Krise wenigstens ein Mindestmaß an Stabilität, Sicherheit, Kultur, Bildung usw. zu sichern. Nicht mit dem kapitalistischen Monopol oder dem Staatsmonopolismus war die höchste und letzte Stufe des Kapitalismus erreicht. Sondern der heutige Prozess einer neoliberalen Aufgabe staatlicher Regulierungsfunktionen scheint der für die Gesellschaftlichkeit wie das Kapital höchst gefährliche Endpunkt der kapitalistischen Entwicklung zu sein. Die kapitalistische Normalität wird so zur Katastrophe. Was kann daran zivilisierend sein? Nichts, wenn man diesen Prozess mit der innerkapitalistischen Brille sieht.

Allerdings, wenn die »alte Formation« die Stufe ihrer »höchsten Entwicklung« erreicht hat, hat sie immer auch hinreichend Elemente der neuen ausgebildet. Wenn – so der optimistische Blick – die zivilisationssichernden allgemeinen Aufgaben tatsächlich dem Staat entrissen und von Einzelkapitalen selbst effektiv erfüllt werden, dann existieren erstmalig in der Geschichte die Voraussetzungen dafür, dass assoziierte Individuen auch allgemeine Aufgaben direkt unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen können. Damit wird der Staat in dieser Beziehung funktionslos. Die Aufhebung der vom Kapital wie vom Staat repräsentierten Entfremdung ist dann möglich. Letztlich kann somit gesellschaftliche Veränderung auch nicht mehr im Wesentlichen von der Eroberung des Staates abhängig und zur Voraussetzung für soziale Revolution gemacht werden. Entstaatlichung würde nicht zur Privatisierung, sondern zu Vergesellschaftung

führen. Wer unter Vergesellschaftung allerdings einfach Verstaatlichung versteht, zieht sich in der Frage der Eigentumsverhältnisse nur auf klassische Frontlinien zurück.

Wenn man dies so anerkennt, ist danach zu suchen, welche technologischen und sozialen Innovationen auf welche Art und Weise die Assoziation von Individuen befördern oder behindern. Innovationspolitik ist also nicht nur vorausschauende Forschungs- und Technologiepolitik, sondern auch zugleich Arbeitsmarkt-, Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik usw. Festzuhalten bleibt:

- dass wir erstens die Gesellschaft nur mit sehr guten Ideen unseren Werten entsprechend gestalten können, dass wir also Innovationen brauchen, um unsere Ziele verwirklichen zu können, und
- dass zweitens auch gesellschaftlich wahrgenommen wird, dass man nur mit sehr guten Lösungen einen Weg aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Misere findet.

Diese sehr guten Lösungen stehen noch aus. Und so versuchen sehr viele Politiker und Politikerinnen ihre »schlechten Lösungsvorschläge« als blendende Idee zu vermarkten. Deshalb müssen wir die besseren Ideen entwickeln bzw. deren Umsetzung befördern. Wir müssen die gesellschaftliche Kraft sein und repräsentieren, die die besseren Ideen hat und fördert. »Bessere Ideen« sind für uns dabei immer die, die erstens besser funktionieren als die der anderen und zweitens sozial gerecht und emanzipatorisch und die drittens nachhaltig sind.

## LOBBYISMUS ODER INTERESSENAUSGLEICH.

Es gibt ein unterschiedliches Selbstverständnis darüber, was Politikerinnen und Politiker sein sollen. Die einen sehen sich als Lobbyisten einzelner Gruppen. Wieso müssen sich Politikerinnen und Politiker mit der Sache einzelner Gruppierungen gemein machen? Wohl, um ihren Wähleranteil zu steigern. Festzustellen ist jedoch, dass weder die Arbeitslosen, noch die prekär Beschäftigten, auch nicht die Seniorinnen und Senioren oder die Ostdeutschen mehrheitlich die LINKE wählen. Was ist, wenn man dann doch gewählt wird und diese Interessen nicht umsetzen kann? Geht es nicht vielmehr darum, für einen Interessenausgleich in der Gesellschaft zu sorgen? Eine der wesentlichen und neuen Kompetenzen einer Innovativen Linken könnte der öffentlich gestaltete sowie in Kriterien und Werten nachvollziehbare Interessenausgleich sein. Da ginge es darum, deutlich zu machen, wer aus welchen Interessen heraus welche Ziele verfolgt. Und es ginge darum darzustellen, aus welcher politischen Abwägung und aufgrund welcher po-

litischen Werte man zu seinem eigenen Vorschlag, zu seiner eigenen Entscheidung kommt. Indem wir öffentlich die Interessen deutlich machen, sind wir Aufklärer. Indem wir die Grundlagen unserer Entscheidung offen darlegen und diese Entscheidung auf wiederkehrenden Prinzipien beruht, sind wir klar erkennbar. So sind wir politisch hinterfragbar und bleiben politisch berechenbar. Wir sind de facto unbestechlich und so auch glaubwürdig. Kurz: Für uns sollte es kein Interesse Einzelner oder einzelner Gruppen geben, das wir über das der gesamten Gesellschaft stellen. Dieser Ansatz kann für uns und andere auf Dauer von Gewinn sein.

Wir stehen nicht täglich vor einer politischen Wegscheide. Es geht doch nicht tagtäglich um eine Richtungsentscheidung, um rechts oder links. Es geht zumeist darum, den Interessenausgleich in der Gesellschaft so zu organisieren, dass möglichst viele davon einen Gewinn haben. Und gerade darin könnte eine LINKE Anerkennung und Glaubwürdigkeit sammeln. Wenn jährlich 5.000 sächsische Schülerinnen und Schüler diese Schule ohne Abschluss verlassen, dann sind dies in 10 Jahren 50.000 Jugendliche. Die kosten in 20 Jahren die Steuerzahler 500 Mio. Euro – egal aus welcher Kasse. Und genauso müssen wir darauf aufmerksam machen, dass es keinen Facharbeitermangel in Sachsen – es ist von 25.000 die Rede – geben müsste, wenn die Landesregierung mit ihrer Lobbypolitik diese jungen Leute nicht einfach in den letzten Jahren abgeschrieben hätte. Wenn sich in 10 Jahren die Zahl der Jugendlichen im Knast verdoppelt, während sich die Zahl der Streetworker halbiert, dann gibt es da einen Zusammenhang. Und dann sollten wir nicht nur darauf hinweisen, dass ein Knastplatz teurer sondern auch viel weniger nachhaltig ist als ein Sozialarbeiter. Wir wissen, dass wir nicht alle Probleme mit sozialer Arbeit lösen werden, doch es gibt keinen Grund dafür, dass es ganze Landstriche ohne Streetworkerinnen und Streetworker gibt. Wenn wir die besseren Konzepte entwickeln wollen, um die Gegenwart und Zukunft zu gestalten, dann nicht als der verlängerte Arm von Institutionen oder Lobbyverbänden. Und auch nicht als der verlängerte Arm von – wenn auch noch so ehrenwerten - außerparlamentarischen Gruppen. Nein, linke Politikerinnen und Politiker müssen Partnerinnen und Partner sein: mit eigenen, originären Ideen. Mit Ideen, die in der Zukunft tragfähig sind. Mit Ideen, die besser als die der anderen funktionieren. Und mit Ideen, die sozial gerechter sind, Emanzipation befördern und eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

## OPPOSITION UND GESTALTUNG

Manche sagen, die Politik stelle nicht die Wahrheitsfrage, sondern die Machtfrage. Deshalb müsse alles darauf ausgerichtet sein, an die Macht zu kommen. Denn wenn man in der Regierung sitzt, könne man gestalten. Wenn man an der Regierung ist, kann man aber auch einiges falsch machen. Kaum einer kann einen mehr daran hindern. Aus der Opposition heraus lässt sich nur das umsetzen, von dem eine Mehrheit überzeugt wurde. Und dies ist selten unvernünftig.

Abgesehen davon, dass an der Macht zu sein noch lange nicht heißt, auch Macht zu haben: Wenn es um einen grundlegenden Wandel, um eine grundlegende Reform der Gesellschaft geht, bedarf es der Unterstützung von außen, aus der Gesellschaft. Es bedarf immer auch eines gesellschaftlichen Drucks für die Veränderungen, die wir wollen.

Die neuen Technologien befördern die Möglichkeiten, aus der Opposition heraus gestaltend zu werden. Erinnerung sei hier an die Fördermitteldatenbank der sächsischen PDS-Landtagsfraktion. Mit der eigenen Datenbank haben wir gezeigt, dass es anders geht. Wir haben Standards für die Datenbank der Regierung gesetzt, die dann mit ihrer eigenen Variante nachziehen musste. Dadurch wurde die Förderpolitik in Sachsen »öffentlicher«. Auch die Bürgerhaushalte haben solche Gestaltungsmöglichkeiten. Klar ist, nicht jedes Thema lässt sich so gestalten, dass man durch eine eigene und geeignete Praxis Tatsachen schaffen und so auch in absehbarer Zeit Veränderungen in der Regierungspraxis durchsetzen kann. Doch eine LINKE muss den Anspruch haben, nach Wegen zu suchen und diese auch zu finden, die eigenen Vorstellungen in die Praxis zu überführen. Zu oft reicht uns noch eine Presseerklärung oder eine Kleine Anfrage, ein Antrag aus. Wenn es uns um Transformation geht, ist es wichtig, die ersten praktikablen Schritte innerhalb des Systems auch deutlich, begreifbar, anschaulich zu machen.

Alexa, das Landesentwicklungskonzept der sächsischen Landtagsfraktion, hat gestaltenden Anspruch – in Theorie und Praxis. Ausgehend von einer Analyse wurde ein Leitbild für das Land entwickelt. Und es wurden Projekte aufgezeigt, die Schritte hin zu diesem Leitbild waren. Leider sind wir an der Schwelle vor der praktischen Umsetzung stehen geblieben. Dabei gibt es in Alexa genügend Ansatzpunkte: Eine Gesellschaft, die über dauerhaft einsetzbare, verschleißarme, energiesparende und für verschiedene Zwecke verwendbare Produkte und Produktionsmittel verfügt, könnte auch dann noch gut funktionieren, wenn sich die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter deutlich verringert. Eine alternative »Agenda« sollte den Abschied vom Öl und eine technologi-

sche Revolution fordern, die sich am Primat der Nachhaltigkeit orientiert. Die öffentlichen Investitionen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und auf unsinnige Projekte verzichten. Da hätten wir mit unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit unseren Unternehmerinnen und Unternehmern an konkreten Beispielen die Grenzen, die Politik und Verwaltung setzen, aufzeigen können. Und genau diese Grenzen hätten wiederum zum Gegenstand der parlamentarischen Debatte und öffentlichen Diskussion gemacht werden müssen. In Alexa wurden auch die Probleme bei der ärztlichen Versorgung in strukturschwachen Regionen angesprochen, die durch die Pensionierung von Ärztinnen und Ärzten noch verstärkt wird. Damals kam die Idee der »Gemeindegeschwester Agnes« auf. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es das erste Modellprogramm dazu. Andere Bundesländer, wie Thüringen und Sachsen-Anhalt ziehen jetzt nach. Immer wieder wird über die Höhe der sozialen Absicherung gestritten. Natürlich ist im Hier und Heute, die Höhe der Zahlungen entscheidend. Doch zu fragen ist doch auch, wie sich der Grundbedarf zusammensetzt, wofür die Haushaltseinkommen ausgegeben werden müssen. Vergessen werden so oftmals: hohe Mieten wegen spekulativer Bodenpreise, hohe Energiekosten aufgrund von Oligopolen, hohe Abwassergebühren aufgrund überdimensionierter Abwasseranlagen ... und dies zumeist über Banken mit Zins und Zinseszins finanziert. Wie viel mehr hätten die Menschen in der Tasche, für anderes zur Verfügung, wenn sie nicht den Monopolen und Oligopolen ausgeliefert wären? Ja, zu fragen ist doch, welche Möglichkeiten es gibt, sich dem bestehenden Wertungssystem zu entziehen, eigene Kreisläufe zu schaffen, um selbstbestimmt daraus mehr machen zu können.

## SELBSTDARSTELLUNG UND VERMITTLUNG

Die Medienarbeit der LINKEN erschöpft sich zumeist im Herkömmlichen: Presseerklärungen, Interviews, Hintergrundgespräche. Die erweiterten Möglichkeiten der neuen Medien werden kaum genutzt, neue Formate politischer Vermittlung werden nicht entwickelt. Man findet eine Zeitung im Internet, wobei die LINKE zumeist schon an dem Füllen der eigenen Rubriken scheitert. Man bietet ein Abbild, doch man befördert keine Kommunikation, stößt nur selten diskursive Prozesse an. Kurzweilige Formate wie ehrensenf ([www.ehrensensf.de](http://www.ehrensensf.de)), Filme a la South Park, aufklärerische Spots sind nicht zu finden. Und dies, obwohl es in den letzten Jahren genügend gute Beispiele gab. Auch die mediale Begleitung eigener Kampagnen über die neuen Medien findet nur selten

medienadäquat statt. Die Chancen der neuen Medien, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu gewinnen, werden meist verschenkt, weil man sie zumeist nicht weiter mit Inhalten bedient. Das Aufklärerische sowie subversive Potential, das in allen Medien jeweils steckt, wird nur selten genutzt.

Festzustellen ist: Kampagnen werden nur selten als Prozess gesehen und betrieben, bei der eine Stufe der anderen folgt. Aufklärung ist nur selten das Ziel. Zumeist geht es um Verkündung der eigenen

Wahrheiten. Doch sprechen nicht Fakten meist mehr für uns als die von uns produzierten Zitate? Nun gut, diese haben ihre Ursache in der eigenen politischen Praxis. Da steht zu oft die Ressort bezogene Fachpolitik mit ihrer Liebe zum Detail im Vordergrund. Doch wir müssen vom »beamtenhaften Abarbeiten der Vorlagen« der Staatsregierung und der Koalition wegkommen. Wir müssen nicht immer erst ergründen, was diese sich gedacht haben könnten und wieso deren Ideen nicht funktionieren können. Wenn die Probleme komplex und nicht Ressort bezogen sind, können wir nicht Ressort bezogen agieren. Wir müssen die Zusammenhänge aufdecken, auf die fehlenden Schnittstellen aufmerksam machen, die übergreifenden Problemlösungen liefern. Wenn es um Jugendliche in Heimen oder in Gefängnissen geht, dann muss jede Lösungsstrategie nicht nur das Justiz- oder Jugendministerium, sondern auch Soziales, Wirtschaft und Arbeit sowie Inneres einbeziehen. Zudem müssen wir, wenn wir andere Länder beispielhaft anführen, auch deren Lösungen und deren Umfeld in Gänze darstellen. Natürlich kann man eine soziale Absicherung wie in den nordischen Ländern fordern. Doch muss man dann auch zur Kenntnis nehmen, dass dort die Arbeitsverhältnisse flexibilisiert werden. So schließt es sich aus, unter Verweis auf die nordischen Länder das erste zu fordern, das zweite jedoch abzulehnen. Es geht also um eigene Ideen. Es geht um eigene Wege entsprechend eigener strategischer Schwerpunkte. Die müssen wir beharrlich und immer wieder ansprechen. So kann man auch in einer sich ausprägenden Stimmungsdemokratie kenntlich bleiben. Ja, die Wahlentscheidung hängt anscheinend immer mehr von Stimmungen ab. Als kleine Partei kann man Stimmungen kaum beeinflussen. Zumal auch große Parteien diesen Stimmungen unterworfen sind. Auch ist es wohl unmöglich, Stimmungen über einen längeren Zeitraum vorherzusagen und eine Wahlstrategie darauf aufzubauen. Es ist die Frage zu beantworten, ob eine Partei mit Ansprüchen nicht auf etwas anderes setzen muss als auf Stimmungen? Wer allein über Stimmungen eine maximale Stimmenzahl erreichen will, läuft Gefahr, sich zu allem und jedem und zudem negativ und abfällig zu äußern. Man versucht um jeden Preis, sich im Detail von anderen Parteien zu unterscheiden. Man versucht permanent, kleine

Unterschiede zu kommunizieren. Dies praktizieren derzeit alle Parteien. Zu fragen ist, ob es nicht eine andere erfolgreiche Strategie geben könnte? Wäre es nicht wichtig, die konkreten politischen Ziele für einen Zeitabschnitt zu bestimmen, zu überlegen, wie diese in konkreten,

alternativen Projekten umgesetzt werden können, diese zu kommunizieren und vorhandene Stimmungen dabei zu nutzen. Dies hieße, eine politische Praxis mit ihren Problemen, Fortschritten und Rückschlägen zu kommunizieren. Politische Kommunikation ist Mittel zum Zweck. Wenn der Zweck ist, die Gesellschaft zu verändern, muss die politische Kommunikation darauf ausgerichtet werden. Dabei sind gesellschaftliche Mehrheiten nicht immer auch gleich Wählermehrheiten. Eine Partei kann einen Mehrwert über die Stimmabgabe hinaus haben. Vor einer Wahl könnte es heißen: macht uns stärker, dann können wir noch mehr verändern. In der Opposition oder in der Regierung. Ja, viele LINKE verhalten sich gegenüber Innovationen reserviert. Denn für sie sind viele Innovationen umweltbelastend. Sie minderten zudem Beschäftigung und bedrohten somit soziale Sicherheit und Lebensstile. In Zeiten der Globalisierung würden so ganze Kulturen gefährdet. Sowohl Befürworter als auch Kritiker sehen hinter Innovation fast ausschließlich ein technischindustrielles Konzept. Dabei ist diese Sicht zu einseitig, da es auch Innovationen in sozialen und organisatorischen Kontexten gibt. Soziale Innovation zielt auf die Einführung, Anpassung oder Anwendung von neuen Formen gesellschaftlicher Steuerung.

Innovation ist ein Schlüsselbegriff in Wirtschaft, Politik und Forschung. Innovationen sollen aus unserer Sicht eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Entwicklung befördern und soweit möglich Lebensqualität steigern und attraktive Lebensstile ermöglichen. Innovative Politik hat eine nachhaltige Entwicklung zum Ziel. Innovative Politik befördert das schöpferische Moment und den Wandel durch Ideen. Es geht ihr um einen Erfindergeist, der nicht losgekoppelt von der Gesellschaft forscht, der ausreichend Freiraum für Inspiration bietet und auf Lust an konstruktiver Neugierde gegründet ist. Innovation braucht Vielfalt, braucht unterschiedliche Weltansichten, Weltanschauungen, aus denen sich Widersprüche und Auseinandersetzungen ergeben. Die Widersprüche der Gesellschaft sind auch in der LINKEN, wenn die LINKE in der Gesellschaft agiert. Eine INNOVATIVE LINKE darf, auch wenn sie sich in der Alltagspolitik für eine Seite des Widerspruchs entscheiden muss, nicht die Sicht für und auf das Ganze verlieren. Sie versucht, die Interessen, die hinter den Konflikten stehen, deutlich zu machen. Sie entwickelt Lösungen. Sie macht deutlich, wie die Rahmenbedingungen verändert werden können, Schritt für Schritt:

Wir wollen Innovationen in allen gesellschaftlichen Bereichen,

Uns geht es um einen wertegeleiteten Interessenausgleich.

Uns geht es um Aufklärung.